

Kampagne gegen links

Hauptstadt- und Politiker wettern seit Wochen gegen »Haßbrenner« und »Kieztaliban«. Forderung nach stärkerer Repression

Markus Bernhardt

Die öffentlichen Debatten um angeblich ansteigende »linke Gewalt« nehmen immer absurdere Züge an. Mittlerweile fordert die CSU in Anlehnung an staatliche Programme gegen Rechtsextremismus Aussteiger- und Streetworkerprogramme für linke Aktivisten. Die Berliner CDU setzt dagegen schon seit geraumer Zeit auf die Einrichtung Runder Tische gegen »linke Gewalt«. Angestachelt von verschiedenen selbsternannten bundesdeutschen Leitmedien - keineswegs nur aus dem Hause Springer - kommt es seit Monaten zu medialen Haßkampagnen gegen die politisch aktive Linke. Etablierte Politik und Medien schwadronieren seitdem über »Haßbrenner« und »Kieztaliban« und, wie Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) in Anlehnung an die historische Entgleisung des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, über »rotlackierte Faschisten«.

Schon jetzt diskutieren Politiker und Polizeibeamte über geplante Demonstrationen anlässlich des kommenden 1. Mai. Die Innenministerkonferenz der Länder forderte sogar, sämtliche für den Tag geplanten Bundesligaspiele auf den 2. Mai zu verschieben. Erste Stimmen warnen bereits vor »polizeilichem Notstand« und mangelnder Sicherheit.

Die Stimmungsmache gegen tatsächliche und vermeintliche Linke startete indes im Vorfeld der letztjährigen »Revolutionären 1. Mai«-Demonstration in Berlin, die aufgrund von massiven Polizeiübergriffen von den Veranstaltern vorzeitig abgebrochen werden mußte. Seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem die Hauptstadt- und Landespresse nicht gegen antifaschistische Gruppen, angebliche Mitarbeiter der schon seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr existenten Staatssicherheit der DDR oder sogar Politiker der Linkspartei anschreibt. Die in der hysterischen Berichterstattung der letzten Monate erhobenen Forderungen reichen von einer gesellschaftlichen Isolierung linker Organisationen bis dazu, bekannte Aktivisten einfach wegzusperren.

Während sich die Attacken gegen die politische Linke zu Beginn der Kampagne maßgeblich auf den Raum Berlin und Hamburg konzentrierten, schwappten sie - wie nicht erst die neuerlich erhobenen Forderungen der CSU belegen - im Laufe der Zeit auch auf die Bundespolitik über. So kündigte die rechtskonservative Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU) Anfang Dezember an, die bestehenden staatlichen Programme im Kampf gegen Rechtsextremismus zukünftig auch auf sogenannten Islamismus und »Linksextremismus« auszudehnen.

Die zunehmend populistisch geführte Debatte um vermeintliche Aktionen der linken Szene hat indes den Erfolgsdruck auf Mitarbeiter von Polizei und Justiz deutlich erhöht, was in Sachen staatlicher Repression nicht ohne Auswirkungen blieb. Jedoch platzen eine Reihe von Gerichtsverfahren - sei es beispielsweise gegen drei monatelang inhaftierte Linke, die der Autobrandstiftung beschuldigt wurden. Auch im Prozeß gegen Yunus K. und Rigo B., denen vorgeworfen wurde, am 1. Mai einen Molotowcocktail auf Polizeibeamte geworfen zu haben, gehen Beobachter mittlerweile von einem Freispruch aus.

Obwohl auch Abgeordnete der Partei Die Linke Opfer diffamierender Angriffe seitens sogenannter Verfassungsschützer und Politiker anderer Parteien wurden, solidarisieren sich die Funktionsträger des Berliner Landesverbandes keineswegs mit ihren angegriffenen Genossen. Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus, bezeichnete militante Aktionen, die der linken Szene zugerechnet werden, kürzlich im Neuen Deutschland als eine »Mischung aus Frustration, Angeberei und Nervenkitzel«. Öffentlich angegriffene Mitglieder seiner Partei nahm er erwartungsgemäß nicht in Schutz. Dies verwundert kaum, sind Abgeordnete, die dem linken Parteiflügel zugerechnet werden, doch zunehmend Reglementierungen aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Im Rahmen der Veranstaltung »Feueralarm - Was haben Grillanzünder mit Extremismustheorie,

Repression und Rechtsstaat zu tun?« kommen diese am morgigen Mittwoch in der jW-Ladengalerie (19 Uhr, Torstraße 6) zu Wort. So sitzen mit den Linke-Abgeordneten Inge Höger (MdB) und Evrim Baba (MdA), Michael Kronawitter von der Antifaschistischen Linken Berlin und Kirill Jermak (Anmelder der »Revolutionären 1. Mai-Demonstration«) ausnahmslos Politiker auf dem Podium, die in der Vergangenheit selbst Opfer der anhaltenden Kampagne gegen Linke waren.